



# DIE UNABHÄNGIGEN

(Bürgerinnen und Bürger für Hennef) e.V.

Fraktionsbüro: 53773 Hennef, Frankfurter Straße 97, Rathausurm,  
1. OG, Zimmer 1.04, Telefon: 02242/888208, Telefax: 02242/8887208  
Im Internet finden Sie uns unter: [WWW.Unabhaengige-Hennef.com](http://WWW.Unabhaengige-Hennef.com)

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Meine Rede startet heute mit einem Satz von Kurt Schumacher, einem alten SPD-Fahrensmann:

„Gute Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit.“

Der Haushaltsplan einer Stadt ist die in Zahlen gegossene Politik. Kommunale Räte sind im Gegensatz zum Bundestag und den Landtagen keine gesetzgebenden Vereinigungen, sondern als Beschlussorgane ein Teil der Verwaltung. Kommunen müssen über ihre Haushalte Pflichtaufgaben abdecken. Kommunale Politik ist real also nur möglich, wenn freie Haushaltsmittel übrig bleiben. Nur in geringem Umfang kann über einen kommunalen Haushalt auch Politik gemacht werden. Sobald sich eine Kommune in der Haushaltssicherung befindet, gibt es daher keine „in Zahlen gegossene Politik“ mehr.

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass die Bundesregierung künftige Generationen stärker vor den Folgen des Klimawandels schützen muss.

Zu dieser Entscheidung hat der General-Anzeiger den Leserbrief eines Ehepaars aus Bonn veröffentlicht.

Dort heißt es: „Während das Gericht schon heute unzureichende Klimapolitik nach 2030 beanstandet, wird die Gesamtheit der fiskalischen und monetären Maßnahmen des Staates nicht beanstandet und zukünftige Generationen werden mit unvorstellbaren Schulden dauerhaft weit über das Jahr 2030 hinaus belastet. In der Klimapolitik gibt es schon ein Gesetz zur Minderung der Treibhausgase, aber für die Schuldentilgung gibt es kein Gesetz, und die fehlende Tilgung wurde noch nie vom Verfassungsgericht beanstandet.“

Dieser Aussage schließe ich mich vollumfänglich an und möchte sie noch verstärken.

Die damalige SPD-Landesregierung hat mit Wirkung zum 1. Januar 2009 das kommunale Haushaltsrecht entscheidend verändert. Seitdem gibt es zwei kommunale Haushaltsteile: den Ergebnis- und den Finanzhaushalt. Vorher gab es nur einen Haushalt, in dem jede Position eine Geldposition war. Nunmehr kommt es für die Frage, ob es einen Haushaltsausgleich gibt, nur auf den Ergebnishaushalt und nicht auf den Geldhaushalt an.

Der Ergebnishaushalt ist ein geldloser Scheinhaushalt. Er kann durch das nur buchmäßig, aber nicht wirklich vorhandene „Eigenkapital“ ausgeglichen werden. Die geldlichen Defizite finanzieren die Kommunen über eine immer höhere Aufnahme von Überziehungskrediten.

Die NRW-Kommunen haben mittlerweile über 50 Prozent der Kassenkredite aller Kommunen in Deutschland. Es werden Jahr für Jahr durch die Kommunen immer

höhere Geldschulden aufgenommen, für die kommende Generationen haften müssen. Dabei war eine der Hauptbegründungen für diese neue Systematik, dass die „intergenerative Gerechtigkeit“ hergestellt werden muss, das heißt, die kommenden Generationen sollen nicht für die heute aufgenommenen Schulden aufkommen müssen.

Das Gegenteil ist der Fall!

Da die Kommunen immer wieder von Bund und Land neue Aufgaben zugewiesen werden, die natürlich regelmäßig Geld kosten ist es nicht weiter verwunderlich, dass die Kommunen in Geldnot sind. Denn regelmäßig vergessen die Auftraggeber die Rechnung zu bezahlen.

Was macht also die Kommune?

Sie erhöht die Steuern!

Seit Jahren erleben Hausbesitzer, dass ihre Grundsteuer erhöht wird. Da Eigentümer von Mietshäusern die Grundsteuer auf die Mieten umlegen können, sind Mieter gleichermaßen belastet. Das ist aus meiner Sicht auch ein soziales Problem, da Geringverdiener und insbesondere auch Alleinerziehende davon betroffen sind. In den kommunalen Räten wird immer häufiger versucht, den Haushalt durch die Erhöhung der Grundsteuer auszugleichen. Es ist auch vordergründig der einfachste Weg. Die Kommunen haben wohl Angst, dass bei einer Erhöhung der Gewerbesteuer die Gewerbetreibenden ihren Betrieb in eine andere Kommune verlegen. Beispiele dafür gibt es in Hennef reichlich, man zieht nach Mendt und die Uckerather haben das Vergnügen damit in Form der allgemein bekannten Verkehrsbelastung.

Zwischenfrage: Wo bleibt die Ortsumgehung Uckerath?

Wenn also die Gewerbetreibenden auf Steuererhöhungen so sensibel reagieren, ist eine schon fast automatische Grundsteuererhöhung der einfachste Weg.

Die Hausbesitzer laufen nicht davon, die Mieter auch nicht. Was aber nach meiner Erfahrung weder Bürgermeister noch Ratsmitglieder machen, ist, dass sie sich an der gesetzlichen Vorschrift des Paragraphen 77 Absatz 2 der Gemeindeordnung orientieren. Danach dürfen die Gemeindesteuern erst dann erhöht werden, wenn zuvor alle anderen Möglichkeiten zur Beschaffung von Einnahmen untersucht und ausgeschöpft worden sind. Steuererhöhungen sind das allerletzte Mittel. Dieser gesetzlich vorgeschriebene Grundsatz sollte endlich einmal Beachtung finden. Ich sehe nicht, dass das hier in Hennef der Fall ist. Eher im Gegenteil.

Nachdem fatalerweise Hennef in die Haushaltssicherung gerutscht ist, wurden von Anfang an Erhöhungen der Grundsteuer in drei Stufen beschlossen. Eben sehen wir, dass die Beschlüsse nicht das Papier wert waren, auf dem sie festgehalten wurden. Der jetzt zu beschließende Hebesatz für die Grundsteuer ist mit 785 v.H. ganz entschieden höher als er bei Eintritt in das Haushaltssicherungskonzeptes vorgesehen war. Das Ende der Haushaltssicherung ist aber erst für 2025 geplant, das ist also noch nicht die letzte Steuererhöhung.

Bedenkt man nun noch, dass diese Steuer durch das Bundesverfassungsgericht mit Ende des Jahres 2019 für rechtswidrig erklärt worden ist, braucht man sich über nichts mehr zu wundern.

Die schwarze Null ist ein Lernerfolg der deutschen Politik. Es hat sich die Erkenntnis durchgesetzt: Real existierende Probleme sind nicht mit nicht existierendem Geld zu heilen. Was passiert, wenn dieser einfache Zusammenhang nicht beherzigt wird,

sehen wir in Hennef. Ihr Vorgänger, Herr Bürgermeister, hat in seiner letzten Haushaltsrede von 24 Mio. € gesprochen, die die Stadt aufbringen muss alleine um das InHK Blankenberg zu stemmen, im Wesentlichen für die Mauerrestaurierung und ein Kultur- und Heimathaus. Das Heimathaus in Allner ist nach dem Abriss noch nicht vergessen, schon wird es andernorts wieder versucht.

Auch die angedachte Radstation scheint mir in diese Kategorie zu gehören. Hier hat es brauchbare Ideen gegeben, die aber leider wieder verworfen wurden. Dabei gibt es am Markt sehr ansehnliche automatisierte Parksysteme, die nicht einmal hässlich sind. Da hätte es eines kostenträchtigen Architektenwettbewerbes nicht bedurft.

Da die Verbesserungsvorschläge zum Haushalt aus unserer Partnerschaft im Wesentlichen erfüllt sind, macht es aus meiner Sicht wenig Sinn, sich hier noch querzustellen. Die Unabhängigen stimmen also dem Haushalt zu.

Ich bedanke mich bei allen, die mir aufmerksam zugehört haben, besonders bei denen, die dann demnächst auf die aufgezeigten Missstände positiv reagieren und an der Beseitigung arbeiten. Die Unabhängigen werden dies wie in der Vergangenheit weiter aktiv fördern und unterstützen.

Mein Dank gilt aber auch allen, die heute hier nicht anwesend sind, aber in irgendeiner Form sich aktiv am bürgerschaftlichen Leben beteiligen.

Oder wie es „der kleine Lord Fauntleroy“ formulieren würde: „Euch allen ein gesegnetes Weihnachtsfest!“